

Geschäftsbericht 2024



Emanzipatorische Selbsthilfe e. V.

Storkower Str. 158
10407 Berlin

Jan Schrecker und Tina Pechardscheck
für den Vorstand

Berichtszeitraum:

01.01.2024 bis 31.12.2024

Tätigkeitsbeschreibung:

Der gemeinnützige Verein Emanzipatorische Selbsthilfe e. V. unterstützt wirtschaftlich benachteiligte Menschen, Menschen mit Behinderungen, Opfer von Straftaten und Diskriminierung sowie insbesondere LGBTIQ*-Personen. Ziel ist es, durch „Hilfe zur Selbsthilfe“ Eigenständigkeit und Selbstvertretung zu fördern.

Der Verein wurde am 25.11.2018 gegründet und ist seit dem 01.09.2019 aktiv. Seit dem 01.04.2023 befindet sich der Sitz in der Storkower Str. 158, Berlin, wo ehrenamtliche Sozial- und Teilhabeberatung sowie ein neues Projekt durchgeführt werden, gefördert durch das Bezirksamt Pankow und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

Seit der Mitgliederversammlung am 19.12.2024 können entstandene Vertretungskosten des Vereins der Gegenpartei auferlegt werden.

Der Verein pflegt enge Kooperationen, u. a. mit dem Café Treffpunkt der Heilsarmee, dem Sonntagsclub e. V., Queer Home sowie im Rahmen des Projekts „Solidarisch gegen Obdachlosigkeit in Pankow“ mit Beta gGmbH, Steremat AFS gGmbH und der Berliner Helpstiftung.

Tätigkeitsbericht für den Zeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2024

Um Wiederholungen zu vermeiden, wird auf den Tätigkeitsbericht 2023 verwiesen und hierauf ausdrücklich Bezug genommen.

Die genauen Zahlen der ehrenamtlichen Sozial- und Teilhabeberatung und Personenkreise können der anliegenden Beratungsstatistik entnommen werden.

1. Die ehrenamtliche Sozial- und Teilhabeberatung

Trotz Übergabe vieler ukrainischer Geflüchteter an das Stadtteilzentrum Pankow entstanden durch die Nähe zu verschiedenen Gemeinschaftsunterkünften in der Storkower Straße neue Beratungskontakte, u.a. zu Aufenthaltsrecht, Mietrecht und Sozialleistungen. Ein im Haus tätiger Fachanwalt für Ausländerrecht unterstützte bei rechtlichen Anliegen.

Herausforderungen:

- Terminvereinbarungen mit dem Landesamt für Einwanderung (LEA) waren nur online über das Kontaktformular möglich, oft mit verzögerter Rückmeldung. Sechs Personen wurden bei der Kontaktaufnahme begleitet.
- In zwei Fällen führte die fehlende Verlängerung des Aufenthaltstitels zum Sozialleistungsstopp, woraufhin gerichtliche Eilverfahren von uns eingeleitet wurden. Danach wurden die Leistungen wieder bewilligt.

Weitere Beratungszahlen und Leistungen:

- 19 Anträge auf Wohnberechtigungsschein
- 82 Verweisberatungen zu anderen Beratungsstellen, Rechtsanwält*innen usw. Häufige Beratungen zu Wohnraumsuche, JobCenter-Zusicherungen und Sozialleistungen (z. B. SGB II/XII, Kindergeld, Wohngeld)
- 2 Vermittlung in betreutes Einzelwohnen,
- 9 Vermittlungen in ASOG-Unterbringungen
- 3 Anregungen zur Einrichtung gesetzlicher Betreuung
- 2 Beratungen zur Patienten- und Betreuungsverfügung
- 2 Vermittlungen in Entgiftungskliniken
- 5 Anträge auf Eingliederungshilfe

Besonderer Fokus: LGBTIQ+-Geflüchtete*

- bei diesem Personenkreis gibt es starke psychische Belastungen durch Traumatisierungen, Diskriminierung und fehlende sichere Wohnangebote, v.a. für Transpersonen.
- Bedarf an rechtlicher, psychologischer und sozialer Unterstützung
- Vermehrt Beratungen zu Diskriminierungserfahrungen im Alltag, Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie Umgang mit Behörden

Wohnungssituation der Beratungssuchenden:

- Wohnungsmangel betrifft zunehmend auch Studierende, junge Erwachsene, Trennungsbetroffene und Bürgergeldbeziehende.
- Viele Wohnungsangebote nur noch befristet, oft mit zu hoher Miete im Vergleich zum Einkommen.
- Es gibt bei den Betroffenen massive psychische Belastungen durch ständigen unfreiwilligen Wohnortwechsel und Zuständigkeitswechsel der JobCenter

Zugangshürden im Sozialsystem:

- Onlineverfahren (z. B. bei JobCenter oder Bundesagentur für Arbeit) sind komplex und für viele Leistungsnachfragende nicht barrierefrei nutzbar.
- fehlende Kontaktmöglichkeiten per Mail/Fax behindern Antragstellungen
Hinweis auf gesetzliche Verpflichtungen zu barrierefreien Zugängen

Wir fordern daher weitere Zugänge für Menschen mit Behinderungen und verweisen zudem auf die allgemeine Formfreiheit von Sozialleistungsanträgen und auf § 17 Abs. 1 Nr. 3 SGB I und § 11 BGG. Durch die Nichtveröffentlichung von Faxnummern, Mailadressen von öffentlichen Behörden werden Zugangsbarrieren geschaffen, die mit den gültigen Gesetzen unvereinbar sind.

Psychotherapeutische Versorgung:

- Aufgrund der deutlich zu geringen Kassensitze von Psychotherapeuten in Berlin haben wir teilweise die Strategien der Psychotherapieplatzsuche ändern müssen.
- In Einzelfällen wurde über Kostenerstattung und Krankenkassenwechsel erfolgreich vermittelt.
- LGBTIQ*-Personen sind überdurchschnittlich psychisch belastet, häufig Bedarf an Traumatherapie, medizinischer Reha und längeren Krankschreibungen.

Diskriminierung und Gewalt:

Zum Jahresende berichteten mehrere ratsuchende Personen von queerfeindlichen Beleidigungen und Angriffen in öffentlichen Verkehrsmitteln, darunter auch ein Flaschenwurf an einer S-Bahnhaltestelle. Non-binäre und trans Personen erfahren häufig Misgenderung und werden in ihrem Bedürfnis nach respektvoller Ansprache oft nicht ernst genommen. Zwei Personen schilderten Drohungen mit Wohnungsverlust in betreuten Wohnformen.

Im Bereich der Sozialverwaltung und Sozialversicherung des Bundes besteht laut § 33c SGB I nur ein eingeschränkter Diskriminierungsschutz – dieser schließt geschlechtliche und sexuelle Identität oder Orientierung nicht ein. Damit besteht eine klare Schutzlücke im bundesgesetzlichen Sozialrecht.

2. Projekt „Queer Bake and Cake“ - backen für und mit LGBTIQ* Ein Projekt zur Beziehungsarbeit Austausch und gegen Einsamkeit

Ziel ist es queere Menschen mit ihren Bedürfnissen ernst zu nehmen und Ihre Neigungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten in selbstbestimmter Weise zu fördern.

Kreatives Backen und anschließendes Beisammensein bei Kaffee und Kuchen bietet die Basis dafür. Es wird aktiv Gemeinschaft Beziehungsarbeit und Vernetzung gefördert. In geschützter Atmosphäre kommen queere Personen durch eine gemeinsame Tätigkeit in Kontakt und in den Austausch zu einander. Das Projekt ist inklusiv ausgestaltet und bindet Menschen mit und ohne Behinderung ein. So werden Menschen die vorher sehr isoliert gelebt haben, wieder in die Gemeinschaft mit einbezogen.

Zweimal im Monat fanden die Events ab September 2024 in den Räumlichkeiten des Stadtteilzentrums Prenzlauer Berg, der Kulturmarkthalle und dem Stadtteilzentrum Weissensee statt.

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 7 Veranstaltungen durchgeführt mit ca. jeweils 15 Teilnehmer*innen. Mit unserem Projekt QueerBakeandCake leisten wir einen wichtigen Beitrag gegen Isolierung und Vereinsamung von queeren Menschen im Bezirk Pankow.

3. Projekt Führerschein zur Selbstermächtigung und Teilhabe „Sozialhelferin werden“:

Seit dem 01.04.2023 führt der Verein das peer-to-peer Projekt „Führerschein zur Selbstermächtigung und Teilhabe - Sozialhelfer*in werden“ durch. Auch im Berichtszeitraum wurde das Projekt weiter geführt und weitere 6 Personen in einem 6-Wochenkurs im Sozialrecht und Beratungskommunikation geschult und anschließend in verschiedenen Einsatzstellen im Bezirk Pankow eingesetzt.

Aus dem ersten Durchgang im letzten Jahr sind einige Teilnehmer*innen auch in diesem Jahr noch weiterhin tätig und konnten in den Einsatzstellen weiterhin eine Antragsberatung für Sozialleistungen anbieten. So wurden weiterhin Beratungen in Stadtteilzentren, Beratungsstellen, und anderen sozialen Einrichtungen weiterhin auch von den Teilnehmer*innen des letzten Kurses auch in diesem Jahr weiterhin durchgeführt.

Einsatzstellen unserer Teilnehmer*Innen in diesem und im letzten Jahr sind.

Stadtteilzentrum Karow	ZVUD e. V.
Kulturmarkthalle	Stadtteilzentrum Pankow
Kirche von Unten	QueerHome
QueerBakeandCake	Emanzipatorische Selbsthilfe e. V.

Insgesamt wurden im Jahr 2024 von den Teilnehmer*innen **60 Beratungen** durchgeführt. Hiervon waren **23 Begleitungen** zu Ämtern, Beratungsstellen, und Wohnungsbesichtigungen.

Die Beratungen des Projektes im Einzelnen:

4 Beratungen zur Wohnungssuche	14 Beratungen zum Bürgergeld
2 Beratungen zur Krankenkasse	4 Beratungen zum Wohngeld
1 Begleitung zur Schuldnerberatung	2 andere Verweisberatungen
27 Sonstige Beratungen	

Unterstützung bei Anträgen auf:

1 Wohngeld 3 Bürgergeld 1 Sozialhilfe 1 Krankengeld

4. Entwicklungsprojekt **„Solidarisch gegen Obdachlosigkeit in Pankow“**

In der Zeit vom 01.10.2024 bis zum 31.03.2025 führte der Verein zusammen mit den Kooperationspartner*innen von Beta gGmbH, Steremat AFS gGmbH und der Berliner Helpstiftung eine Befragung von obdachlosen EU-Bürger*innen in der Region Storkower Str. / Landsberger Allee bis Schönhauser Allee bis Danziger Str. durch.

Ziel der Befragung sollte sein, Erkenntnisse über die Lebenssituation des Personenkreises zu erlangen und heraus zu finden, welche Vorstellungen der Selbsthilfe, Wünsche und Selbsteinschätzung zur Arbeitsfähigkeit, Bildungsstand und berufliche Qualifikation bei dem Personenkreis vorhanden ist. Es wurden hierzu Interviews mit den Betroffenen geführt und Fragebögen hierzu ausgefüllt.

Es wurden gleichzeitig Bedarfe der dort ansässigen 14 Unternehmen abgefragt, ob und welche Arbeitnehmer*innen mit welchen beruflichen Vorerfahrungen bzw. Qualifikationen bei ihnen gesucht werden.

Die Ergebnisse der Befragung:

52 befragte obdachlose Menschen	14 Pankower Unternehmen
60% jünger als 40 Jahre	64% suchen Arbeitskräfte Bereiche: u.a. Hausmeister*in, Kraftfahrer*in, Gärtner*in, Kfz-Mechaniker*in, Produktionshelfer*innen, Verwaltungskräfte
85% männlich, 3 % weiblich, 2 % divers 10% keine Angabe 70% EU-Bürger*innen 44% max. 6 Monate obdachlos	85% würden obdachlose Menschen einstellen
Hauptursachen: Flucht (vor Krieg, Diskriminierung, Armut) familiäre Probleme/ Schicksalsschläge	
61,5% wollen arbeiten Bereiche: Handwerk, Reinigung, Lager, Transport, Garten	Voraussetzungen: enge Begleitung durch Sozialarbeitende, Sprachniveaus je nach Beruf von A0 bis C2, vorhandene Arbeitstugenden.

Weitere erkannte gesellschaftliche Problemlagen des Personenkreises:

ohne Zugang zum Sozialsystem

ohne Krankenversicherung keine medizinische Versorgung

oft mittellos

- viele ohne Ausweisdokumente
- viele mit Sucht- und/oder psych. Erkrankungen
- Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt
- führt zu nachbarschaftlichen Konflikten

Dennoch sind nicht wenige Menschen mit Unterstützung arbeitsfähig!

Im nächsten Jahr soll das Entwicklungsprojekt in ein Modellprojekt überführt und weitergeführt werden.



Jan Schrecker
(Vorstand)



Tina Pechardscheck
(Vorstand)

Anlage zum Geschäftsbericht 2024 / Anzahl der Beratungen in der ehrenamtlichen Sozial- und Teilhabeberatung

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
23	26	24	25	24	22	21	26	23	28	27	20
Gesamt	289										

Anlage zum Geschäftsbericht 2024 Personenkreise im Berichtszeitraum ehrenamtliche Sozial- und Teilhabeberatung

Männer	21
Frauen	23
Queer/ Inter/Trans	6
LSB	6
Gesamt	56
Davon wirtschaftlich bed.	46
Davon Opfer v. Gewalt /Diskrim.	27
Davon gesundheitl. beeinträchtigt	41
Davon geflüchtete Ukrainer*innen	6
Davon geflüchtete Personen anderer Staaten	9